

Kreistag Fulda:

Sicherheit bei der Schülerbeförderung!

Die CDU-Mehrheit in Fuldaer Kreistag hat sich erneut gegen die von der Linken.Offenen Liste beantragte Bereitstellung von mehr Mitteln für die Schülerbeförderung ausgesprochen. Nicht die Sicherheit, sondern die Kosten werden immer wieder ins Feld geführt.

Nach dem Tod einer Schülerin am Bahnhof Neuhof forderte die Linke:Offene Liste im Kreistag Klarheit:

- Welche Sicherheitsvorkehrungen hat der Kreis hinsichtlich der Schülerbeförderung mit der DB bzw. dem RMV vereinbart?
- Gibt es in Neuhof und in anderen Bahnhöfen mit Schülerbeförderungen Personal, das in den Hauptfahrzeiten auf die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen achtet?
- Gibt es Erkenntnisse zur Ursache des tödlichen Unfalls am 04.Februar 2010?
- Welche Konsequenzen zieht der Kreis aus dem Unfall?
- Welche Möglichkeiten sieht der Kreis um die Sicherheit bei der Schülerbeförderung zu verbessern?

Begründung:

Am Donnerstag, den 04.02.2010 kam eine Schülerin auf dem Weg zur Schule am Bahnhof Neuhof zu Tode. Die Staatsanwaltschaft Fulda führt Ermittlungen wegen des Todesfalles durch. Bereits mehrmals hat die Linke.Offene Liste auf die Gefährdungen im Bus- und Schienenverkehr hingewiesen. Dem Landkreis wurden Filmaufnahmen zur Situation bei der Schülerbeförderung zur Verfügung gestellt. Zur Vermeidung solcher Unfälle sollte sich der Kreis umfassend mit den Ursachen des Unfalles und möglichen Konsequenzen befassen.

Inzwischen hat der Landrat Gespräche mit der DB und dem RMV aufgenommen und den Einsatz von weiteren Bussen zugesagt. Eine weitere Erhöhung der Mittel wurde aber erneut verwehrt.

Sicherheit ist aber nicht zum Nulltarif zu haben. Mit überfüllten Bussen und Billiganbietern ist mehr Sicherheit nicht zu machen.



Teure Schülerfahrkarten!

Die Linke Offene Liste hat beantragt, dass der Kreis Fulda den Schülern und Schülerinnen der Oberstufe ab dem Schuljahr 2010/2011 einen Zuschuss zu ihren Schülerfahrkarten zahlt. Der Zuschuss soll den 300,- Euro übersteigenden Jahrespreis der Schülerfahrkarte betragen. Haben die Eltern ein Jahresbruttoeinkommen unter 30.000,- Euro, wird auf Antrag eine weitere Erstattung gewährt.

Begründung:

Auf gesetzlicher Grundlage übernimmt der Kreis die Fahrkosten bis zur Oberstufe. Danach entstehen insbesondere aufgrund der weiten Anfahrtswege im Landkreis Fulda erhebliche Kosten für die Oberschüler. Kosten von über 700,- Euro im Jahr können entstehen. Während den Studierenden durch den RMV für zirka 150,- Euro pro Semester Semestertickets für ganz Hessen angeboten werden, gibt es gerade für die Oberschüler nur sehr teure Fahrkarten. Man kann davon sprechen, dass die Schüler den öffentlichen Nahverkehr mitfinanzieren. Für Familien mit geringen Einkommen stellen die Kosten ein erhebliches Problem dar. Gegebenenfalls wird ein weiterer oder weiterführender Schulbesuch aus finanziellen Gründen in Frage gestellt oder untererbleibt sogar. Durch die oben beantragte Regelung entstünden für die Oberschüler wenigstens nicht mehr Kosten als für die Studierenden.

Besser wäre natürlich eine komplette Übernahme der Kosten. Dies würde nach dem Bericht des Kreisausschusses aber ca. 1,5 Millionen Euro kosten. Auch die Zahlung nach Einkommensverhältnissen wäre eine Möglichkeit, was aber zu erheblichen bürokratischen Aufwand führen könnte, wogegen eine gesonderte Beantragung bei besonderen Härten nur Aufwand bei Bedarf bedeuten würde.

Nach Recherchen durch die Linke.Offenen Liste liegen die Preise der Jahresfahrkarten im Landkreis Fulda sehr hoch. Im Bereich des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar erhalten Schüler/innen und Auszubildende Jahresfahrkarten für 295,- bis 402,- Euro. Dennoch lehnte die CDU Mehrheit erneut eine Initiative für die Schülern und Schülerinnen ab.



Steuergeschenke führen zum finanziellen Desaster!

Die Steuergeschenke der CDU/FDP Bundesregierung für Unternehmer, Reiche und Hotelbesitzer führen bei den Kommunen zu einem finanziellen Desaster.

Hier Auszüge aus der Haushaltsrede von Michael Wahl, Kreistagsabgeordneter der Linken. Offenen Liste:

„Die LINKE. Offene Liste hat daher in der letzten Kreistagssitzung einen Resolutionsantrag eingebracht. Er sollte Bundes- und Landesregierung auffordern, Steuersenkungen für Reiche und Hotelbesitzer zu stoppen. Es ist nun mal eine Binsenweisheit, man kann Geld nur einmal ausgeben. Leider hat die CDU Mehrheit diese Resolution abgelehnt. Der erste Teil der Rechnung für diese einseitige Umverteilungspolitik liegt nun auf dem Tisch. Kommunen und Kreise erleiden ein finanzielles Desaster. Aber auch Bund und Land werden spätestens im nächsten Jahr sagen müssen, wer die Rechnung für die Steuergeschenke und die Milliardenbeträge für die Banken zahlen soll. Allein die Neuverschuldung des Bundes beträgt in diesem Jahr an die 100 Milliarden Euro. Das sind bisher nicht gekannte Dimensionen. Die Linke. Offene Liste ist nicht



(1 Milliarde Steuerentlastungen für Hotels)

Bereit, den Handlanger für diese Umverteilungspolitik zu spielen. Wir werden aus diesem Grunde grundsätzlich keinen Kürzungen von Leistungen an Bürgerinnen und Bürgern zustimmen. Wenn FDP und CDU Vertreter in Bund und Land Milliarden Geschenken zustimmen und nun hier im Kreistag als Folge ihrer Politik Einsparungen für die Bürgerinnen und Bürger vorschlagen, ist das zynisch.

Herr Brand, Herr Arnold und Herr Herr, es passt in das Bild Ihrer Politik, dass sie einen Teil des finanziellen Desasters, das Sie angerichtet haben, nun hier vom Kreistag weiter in die Gemeinden und Städte abschieben wollen. Eine Erhöhung der Kreisumlage löst kein Problem, es verschiebt es und ist daher keine vernünftige Antwort auf die Probleme.

Daher werde ich einer Erhöhung der Kreisumlage nicht zustimmen und in diesem Punkt dem Ansinnen der Bürgermeister-Kreisversammlung und dem Antrag der CWE Fraktion zur Kreisumlage folgen.“

Noch Haushaltsrede:

„Wir, die Linke.Offene Liste, bleiben dabei, wir müssen mehr für die Sicherheit bei der Schülerbeförderung tun. Auch die sehr hohen Kosten für die Schülerfahrkarten müssen mindestens reduziert werden. Beispiele aus anderen Regionen zeigen, dass wir hier echte Defizite haben.

Völlig unakzeptabel ist der Umgang mit den Arbeitssuchenden nach SGB II. Nach Untersuchungen der Linke.Offenen Liste und nach dem Urteil des Bundessozialgerichtes aus dem Jahr 2009 muss der Kreis seine Maßstäbe der Leistungen für Unterkunft und Heizung anpassen. Sie rühmen sich, im Landesvergleich die niedrigsten Kosten der Unterkunft pro Hartz IV-Empfänger zu zahlen, übersehen dabei aber, dass billige Wohnungen oft schlecht isoliert sind. Eine Antwort, wie viele Arbeitssuchende von ihren Regelsätzen auch noch einen Teil für ihre Unterkunft bzw. Heizung

müssen, sind Sie bisher schuldig geblieben. Das Sparen zu Lasten bei den Arbeitssuchenden muss aufhören. Eine Erhöhung der Mittel ergibt sich bei der Anwendung des Urteils des Bundessozialgerichtes aber auch auf Grund der gestiegenen Heizkosten.“



Weitere Initiativen der Linken.Offenen Liste:

- Kürzung der Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge
- Ausbau der Schulen mit Photovoltaik
- Ehrung von Pfarrer Konrad Trageser
- Fragen zum Trinkwasser im Zusammenhang mit der Firma Kali&Salz

DIE LINKE. Offene Liste

Impressum:
Bettina Licht
An der Röthe 16
36145 Hofbieber

Tel. 06657 6251
kontakt@die-linke-fulda.de
www.fuldawiki.de

Unsere Mandatsträger in Stadt und Kreis:

Günter Maul
*Stadtverordneter der Stadt Fulda der
 Wählergemeinschaft DIE LINKE.Offene Liste.*

Michael Wahl
*Kreistagsabgeordneter des Kreises
 Fulda der Wählergemeinschaft DIE
 LINKE.Offene Liste.*